

Gorleben – Endlagerwende 2016

Stefan Wenzel Umweltminister – Mastermind der Wende

Teil I von III

Dr. Helmut Fuchs, Geologe

Teil I: Ideologie

In der folgenden Antwort (Drucksache 17/1999) der Landesregierung auf die Anfrage „Darf Gorleben vor ab ausgeschlossen werden?“ (Drucksache 17/1607) der Abgeordneten Dr. Gero Hocker und Dr. Stefan Birkner (FDP) steht in den Vorbemerkungen: „Die Landesregierung bleibt bei der Auffassung, dass der Standort Gorleben geologisch ungeeignet und politisch verbrannt ist“. Das behauptet Stefan Wenzel, Minister für Umwelt in Niedersachsen.



**ZIEL DER GRÜNEN BEWEGUNG:
Gorleben in 30 Jahren**

Anfrage:

Am 22.05.2014 hat die Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe, deren Aufgabe es sein wird, einen geeigneten Standort für ein Endlager für hoch radioaktive Abfallstoffe zu finden, ihre Arbeit aufgenommen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen hält die Landesregierung den Standort Gorleben für geologisch ungeeignet?
2. Auf welche belastbaren und nachgewiesenen wissenschaftlichen Erkenntnissen stützt die Landesregierung diese Meinung?
3. Welche Sachverständigengutachten liegen der Landesregierung vor, die Gorleben als geologisch ungeeignet einstufen?
4. Welche geologischen und geotechnischen Gegebenheiten müssen nach Auffassung der Landesregierung in den Gebirgsformationen Salz, Ton und Granit jeweils vorherrschen, damit ein Standort als Endlager geeignet ist.
5. In wieweit ist die Auffassung der Landesregierung über die geologische Eignung Gorlebens auch die Auffassung der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe?
(An die Staatskanzlei übersandt am 03.07.2014 - II/725 – 808)

Antwort der Landesregierung

**Niedersächsisches Ministerium für Umwelt
Energie und Klimaschutz,
MinBüro 01425/17/7/08-0012-;
Hannover, den 12.09.2014**

Die Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitungsgesellschaft mbH (KEWA) führte in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts im Auftrag der Bundesregierung ein Auswahlverfahren für eine industrielle Kernbrennstoffwiederaufbereitungsanlage durch. Geplant war eine Fabrik, die nach damaligen

Maßstäben zu den weltweit größten Anlagen ihrer Art gehört hätte. Unterhalb der Anlage sollten tritiumhaltige flüssige Abfälle in "Porenspeichern" verpresst werden können und hochradioaktive Abfälle "abgesenkt" werden können.

Die Auswahlkriterien waren insbesondere an den technischen Anforderungen für eine große Anlage zur Abtrennung von Uran und Plutonium bei der Wiederaufarbeitung von Atommüll ausgerichtet. Untersucht wurden Standorte mit geringer Bevölkerungsdichte und einem in der Nähe befindlichen Salzstock. Dabei kam der Standort Gorleben nicht in die engere Auswahl. Ausgewählt wurden zunächst 26 Standorte, daraus wiederum acht, und daraus letztlich drei Standorte in Niedersachsen. Gorleben war weder unter den letzten 26 Standorten noch unter den letzten acht Standorten, noch unter den letzten drei Standorten. Kristallin und Tonstandorte wurden gar nicht untersucht.

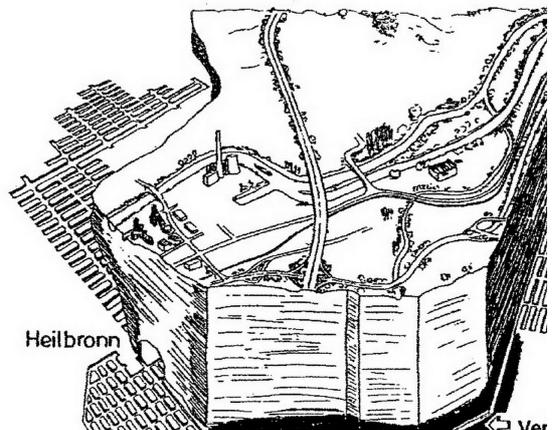
- ♣ *Das ist Geschichte (aus den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts). Meint Umweltminister Wenzel wirklich, dass all das, was mit seiner Hilfe 2016 in den heutigen Bericht der Standortsuchkommission geschrieben wurde, im Jahr 2055 auch noch gelten wird? Insbesondere wenn in Zukunft beispielhaft durch das mehrstufige Recycling (Wiederaufarbeitung und verschiedene „Transmutatiostechniken“) die abgebrannten Brennelemente zum wertvollen Energie-Rohstoffe werden? In dem gerade fabrizierten Endlagerbericht wird dieses Thema kaum angesprochen: Mehr Vergangenheitsbewältigung als Zukunftsvisionen.*

Nachdem das KEWA-Verfahren des Bundes im Verlauf des Jahres 1976 abgebrochen wurde, wurde innerhalb weniger Wochen von der damaligen Landesregierung ein Standort präsentiert, der bereits ausgeschieden war. Bei diesem Standort handelte es sich um den Salzstock Gorleben.

- ♣ *Wir sind heute im Jahr 2016. In der Vergangenheit wurde viel geplant und diskutiert, das heute längst weiterentwickelt wurde. Diese Aussage ist irrelevant für die Sicherheit eines langzeitsicheren Endlagers = Untertage-Deponie für „Atommüll“ = Energie-Rohstoff sowie die heutigen Planungen für die zukünftige Entsorgung von hoch radioaktiven Stoffen.*

Die Auswahlkriterien der KEWA wurden am 20.04.1983 durch Kriterien des Bundesinnenministeriums ersetzt. Diese „Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in einem Bergwerk“ forderten u. a., dass sowohl das Wirtsgestein selbst auch das Deckgebirge und Nebengestein im Rahmen eines Mehrbarrierenkonzepts die Freisetzung unzulässiger Konzentrationen von Radionukliden verhindern müssten.

- ♣ *Dies wurde bei der Erkundung von Gorleben genauestens beachtet. Deshalb hier einige allgemeine Worte zu geologischen Barrieren:*
- ♣ *Heilbronn: Salzbergwerk und Untertagedeponie = Endlager. Die vom Salzbergwerk getrennte Untertage-Deponie (Endlager) für nicht hoch toxische Abfälle wurde nach dem Abfallrecht genehmigt. Es gelten nach dem Abfallgesetz mit den zugehörigen Verordnungen auch bergrechtliche Vorschriften. Genehmigungsbehörde ist die baden-württembergische Bergbehörde. Das Bild soll zeigen, welche hohe Qualität das geologische Medium Salz mit einer Wasser dichten Lage von nur 50 Metern im Bezug zur Sicherheit über einen Zeitraum von über 100 Jahre hat. Direkt über dem Salzbergwerk fließt der Neckar auf einer Länge von mehr als 10 Kilometern. Auch das gesamte heutige AUDI-Werk Neckarsulm liegt direkt über der in einer Tiefe von nur 155 m auftretenden Salzformation, die nur durch eine 50 m mächtige wasserundurchlässigen Gesteinsschicht (Obere Sulfatschichten: Mittlerer Muschelkalk) abgedichtet ist. Das Bergwerk ist seit 1895 ohne nennenswerten*



Wassereinbruch in Betrieb. Das gesamte heutige Grubengebäude besteht aus ca. 700 km hauptsächlich wieder mit Salz verfüllten Strecken und Abbaukammern, die durch Sicherheitspfeiler voneinander getrennt sind. Das gesamte Grubenfeld hat den massiven Bombenhagel des zweiten Weltkriegs überstanden. Es gibt derzeit keine Zweifel an der Betriebssicherheit des Bergwerkes.

- ▲ Geologische Barriersysteme zum Vergleich:
- ▲ Herfa-Neurode: Untertage-Deponie = Endlage für ewig toxisch bleibende Abfallstoffe: Barriere knapp 350 m. Bisher eingelagerte Mengen ca. 2 Mio. Tonnen.
- ▲ Heilbronn: Salzbergwerk und Untertage-Deponie: wasserundurchlässige 50 m, gesamte geologische 170 m.
- ▲ Gorleben: im Salzstock selbst seitlich über Jahrmillionen, nach oben 600 m durch massives, unverritztes Salz geschützt, direkt darüber durch ca. 100 m wasserführende Sande und Tongesteine, in denen diese Wässer zur Teufe hin zunehmend zur gesättigten Salzlauge werden.

Später stellte sich heraus, dass über dem Salzstock von Gorleben kein durchgängiges dichtes Deckgebirge vorhanden ist.

Die Kriterien der Salzstudie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe von 1995 hielten ebenfalls ein möglichst ungestörtes Deckgebirge mit „Rippelton“ in ausreichender Mächtigkeit für erforderlich; die Salzstudie betrachtete den Salzstock Gorleben jedoch nicht. Der Standort Gorleben hätte den Kriterien nicht entsprochen.

- ▲ *Für beides gilt das Gegenteil, wie die Untersuchungen der GRS-Studie (Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben, 2012) auf Seite 131 (M13 und M14) nachweist: „... dass das Hauptsalz im Kernbereich des Salzstocks und damit auch in der Umgebung des Einlagerungsbereiches auf Grund der geologischen Entwicklungsgeschichte durch eine halokinetisch bedingte intensive Deformation und daraus resultierende Homogenisierung gekennzeichnet ist. Gleichzeitig weist es einen hohen Rekristallisationsgrad und die Abwesenheit von hydraulischen Klüften, Störungen oder makroskopischen Lösungsvorkommen auf ...*
- ▲ *„Die Erfüllung der mit der Maßnahme M2 verbundenen Anforderungen an die Eigenschaften der geologischen Barriere kann daher unter der grundlegenden Annahme im Vorhaben VSG, dass die im Erkundungsbereich 1 erzielten Erkundungsergebnisse auf nicht erkundete Hauptsalzpartien übertragen werden können, grundsätzlich als gegeben angesehen werden ...“ (Siehe Teil II)*

Mit den Sicherheitskriterien des Bundesumweltministeriums von 2010 wurde die maßgebliche Systematik der Sicherheitsanforderungen zum dritten Mal verändert. Nunmehr wurde ein 'einschlusswirksamer Gebirgsbereich' definiert. Für wahrscheinliche Entwicklungen wurde ein Wert der maximal zulässigen Exposition einer einzelnen Person der Bevölkerung von 10 Mikro-Sievert p.a. festgelegt; für weniger wahrscheinliche Entwicklungen wurden 0,1 Milli-Sievert p.a. festgelegt, für unwahrscheinliche Entwicklungen wurden kein Wert festgelegt. Zudem muss für 'wahrscheinliche Entwicklungen' danach aber eine Handhabbarkeit der Abfallgebinde bei einer eventuellen Bergung für einen Zeitraum von 500 Jahren gegeben sein.

- ▲ *Die Forderung nach einer Rückholbarkeit (Bergung) ist nicht nur bei einer endgültigen Entsorgung in tiefen geologischen Formationen (Gesteinsarten wie Salz, Ton oder Granit), sehr widersprüchlich, denn wie oben erwähnt „... dass sowohl das Wirtsgestein ...“, müssen auch die technischen Barrieren wie Behälter, Versatz, Kammerverschluss, Stollenverschluss etc. sukzessive mit der Einlagerung langzeitsicher verschlossen werden. Zu erwarten, dass dies in 500 Jahren unsere Nachfahren tun müssen ist nicht zu verantworten. Wird in Zukunft ein Recycling des 'Mülls' erwartet, sollte dies mit einer Zwischenlagerung in Hallen oder in Bergwerkstollen geplant werden, für den Fall einer gewünschten endgültigen sicheren Entsorgung dagegen muss dies schon aus ethischen Gründen in tiefen geologischen*

Formationen unter Nutzung aller Barrieren von unserer Generation geschehen.

Als das Versuchsendlager und Forschungsbergwerk Asse in Betrieb genommen wurde, erklärten die verantwortlichen Institutionen, dass hier Sicherheit für alle Zeiten gewährleistet sei. Ein Wassereintritt wurde als größter anzunehmender Unfall definiert und zu gleich mit einer Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen. Zehn Jahre später trat genau dieser angeblich höchst unwahrscheinliche Fall ein.

Jahrelang behaupteten die verantwortlichen Institutionen, dass sich Risse im Steinsalz durch den Gebirgsdruck und die plastischen Eigenschaften des Materials von alleine schließen würden. Verschwiegen wurde gegenüber der Öffentlichkeit, dass es ausgerechnet im Untertage- und Forschungslabor für das Endlagermedium Salz zu Rissbildungen und Wegsamkeiten mit Wassereintritt kam, die sich nicht von alleine schlossen.

In Unterlagen des damals zuständigen niedersächsischen Sozialministeriums wurde die Asse Anfang der 80er-Jahre des letzten Jahrhunderts als Prototyp für Gorleben bezeichnet. Forschungsminister Heinz Riesenhuber und die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel erklärten seinerzeit, dass u. a. Versuche in der Asse zur Wirkung von Radiolysevorgängen im Salz für die Genehmigung von Gorleben unverzichtbar seien. Nach dem Wassereintritt wurden die Versuche gestoppt und auch an anderer Stelle nicht durchgeführt.

- ♣ *Wassereintritt ist das falsche Wort. Stetiger geringer Laugenzutritt entspricht eher der Situation.*
- ♣ *Über die Asse haben eine sehr große Anzahl von kompetenten und inkompetenten Bürger geschwätzt und geschrieben. Es würde hier zu weit führen, auf alle Argumente einzugehen und deshalb verweise ich hier auf meinen im Internet zu findenden Artikel "Asse, die Fakten", 2013.*
- ♣ *Bei der Asse handelt es sich um ein altes Salzbergwerk, in dem zwischen 1908 und 1925 bis an die äußerste Grenze des Salzes zum Nebengestein Salz abgebaut wurde, ohne den heute üblichen Sicherheitsabstand einzuhalten. Dabei wurde die wasserdichte Grenzschicht zwischen Salz und Nebengestein verletzt. Deshalb diese geringen Laugenzuflüsse.*
- ♣ *Das Einlagern von hauptsächlich schwach radioaktiven und etwas mittel-aktiven Abfällen fand nach dem Bergrecht statt, zu einer Zeit, zu der sich eine strikte Klassifizierung der Abfälle noch in den Kinderschuhen befand. Nach dem Ende der Einlagerung wurden einige offene Streckungen für wissenschaftliche Untersuchungen genutzt, um grundsätzliche wissenschaftliche und technische Fragen zu klären, die in zahlreichen Berichten veröffentlicht sind und für das Verständnis für Salz als Endlagermedium auch heute noch sehr hilfreich sind. Ein Vergleich der Situation Asse mit der von Gorleben zeugt von einer schon fast sträflichen Unkenntnis von Fakten – eignet sich jedoch bestens als bleibendes politisch aufgebautes Angstthema, das sich im Netz vortrefflich weit verbreiten lässt. (Siehe Teil III).*

Schweizer Institutionen, die mit der Sicherheit der Lagerung von hochradioaktiven Abfallstoffen befasst sind, verweisen auf ein zentrales Grundprinzip ihrer Arbeit. Demnach seien die Verfahren, die Regeln, die Akteure, die Sicherheitskriterien und die Sicherheitsanforderungen zu Beginn und vor der Auswahl möglicher Standorte festzulegen. Später sei dann in festgelegten Verfahren und nach festgelegten Regeln zu prüfen, ob ein gegebenenfalls geeigneter Standort und eine gegebenenfalls geeignete Lageroption für die Lagerung von hoch radioaktivem Abfall diese Sicherheitskriterien und Sicherheitsanforderungen erfüllen können.

- ♣ *Recht haben die Schweizer. Nur denken sie nicht statisch bzw. vergangenheitsgläubig, sondern sie sind offen und flexibel für zukünftige Entwicklungen. Die Ergebnisse der 'VSG Studie' sind ein Beweis dafür, dass bei Gorleben alles berücksichtigt worden ist, außer dass in ganz Deutschland auf theoretischer Basis nach den „bestmöglichen Endlagerstandorten“ gesucht wurde. Wegen der positiven Entwicklung von Gorleben war das auch nicht nötig. Im übrigen bestätigte im Jahr 2001 Dr. McCombie, seit 20 Jahren*

„Executive Advisor“ für die NAGRA (Schweiz), damaliger Leiter der „International Expert Group Gorleben (IEG“ (siehe Teil II), dass das politisch durchgesetzte Gorleben-Moratorium aus fachlicher Sicht in keinster Weise gerechtfertigt ist. (Im Internet zu finden unter „International Expert Group Gorleben: „Repository Project Gorleben – Evaluation of the Present Situation. 125 S. Juli 2001).

In Deutschland ist der Prozess umgekehrt verlaufen. Zunächst wurde ein laufender Auswahlprozess abgebrochen und ein bereits ausgeschiedener Standort nachträglich doch noch benannt. Im Anschluss wurden Kriterien angepasst. Als absehbar war, dass der ausgewählte Standort auch diese Kriterien nicht erfüllt, erfolgten weitere Anpassungen. Diese Kriterien sind nunmehr sehr flexibel definiert. Annahmen zur Wahrscheinlichkeit bestimmter Ereignisse und zu mathematischen Modellierungen lassen sehr weite Interpretationsspielräume zu.

⤴ *Historisch mag das alles so gewesen sein. Die heute bekannten Ergebnisse von Gorleben sprechen jedoch eine vollkommen andere Sprache: Mit nur vier geologisch bestens ausgewählten Tiefbohrungen in den Salzstockflanken mit einer Teufe von knapp 2000 Metern wurde die räumliche Erstreckung des Salzstocks definiert. Und, was extrem wichtig ist, wurde dabei die ca. 600 Meter mächtige natürliche Salz Barriere praktisch nicht durchlöchert, die über den in ca. 850 m Teufe geplanten Einlagerungsstrecken liegt. Für die Detailplanung der beiden Schächte wurden nur noch zwei weitere Tiefbohrungen abgetäuft: Das bedeutet, dass die natürliche Deckgebirgsbarriere über dem gesamten Einlagerungsbereich von über einem Kilometer Erstreckung nur an sechs Stellen durch Menschenhand „beschädigt“ worden ist und später problemlos abgedichtet werden kann. In keinem anderen geologischen Medium als Salz in einem Salzstock ist dies möglich. In tiefliegenden Tongesteinen oder Graniten ist eine Vielzahl von Bohrungen durch die natürliche Barrieregesteine notwendig, um den Einlagerungsbereich zu erkunden. Diese müssen später genehmigungssicher verschlossen werden.*

Die neue Landesregierung hat in Kenntnis der o. g. Vorgänge und in Kenntnis der Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse von Land und Bund eine Neubewertung des Standortes Gorleben vorgenommen. Sie ist der Auffassung, dass der Standort geologisch ungeeignet und politisch verbrannt ist.

⤴ *Das Gegenteil ist der Fall wie die Untersuchungen der GRS-Sudie (Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben, 2012) auf Seite 229 nachweist: Einschluss der Nuklide: „Aufgrund der großräumigen Integrität der an das Endlagerbergwerk angrenzenden Bereiche der geologischen Barriere, der Integrität der Verschlussbauwerke über ihre Funktionsdauer sowie der Einschlusseigenschaften des kompaktierten Versatzes kann für den Standort ein einschlusswirksamer Gebirgsbereich in Lage und Grenze ausgewiesen werden ...“ (siehe Teil II).*

Die Ergebnisse des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Asse und die Erkenntnis des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Gorleben haben die Landesregierung in dieser Auffassung bestätigt (S. Anlage 1)

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1 und 2: Siehe Vorbemerkungen.

⤴ *Die Autoren der Berichte mit den genannten Erkenntnissen stammen hauptsächlich aus der Feder der Anti-Nuc Bewegung; die Inhalte der Berichte sind in mehreren Fällen weder belastbar noch nachgewiesen: siehe Gutachten dazu von Wissenschaftlern der Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe (BGR).*

Zu 3: Eine nicht abschließende Liste von Veröffentlichungen ist als Anlage 2 beigelegt.

⤴ *Stimmt: nur 20 von vielen hunderten von Berichten werden genannt: Das Verhältnis von*

genannten zu nicht genannten Berichten dürfte 1% zu 99 % betragen. (siehe Teil III)!

Zu 4: die Landesregierung hat im Rahmen der Gesetzesberatung zum Standortauswahlgesetz der Einrichtung einer Atommüllkommission vorgeschlagen, die u.a. Entscheidungsgrundlagen, Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen, Kriterien einer möglichen Fehlerkorrektur, Anforderungen an die Organisation, die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Transparenz vorlegen soll. Dabei sollen alle Wirtsgesteine und alle Lageroptionen berücksichtigt werden, die infrage kommen.

- ♣ *Nach dem oben Gesagten erübrigt sich hierzu ein objektives wissenschaftlich-technisches Kommentar, denn die Aussagen enthalten eine Anzahl von Behauptungen, die mit dem heutigen Kenntnisstand von Gorleben wenig zu tun haben. Im übrigen verweise ich auf das weiter unten Beschriebene (siehe Teil II).*

Zu 5: Die Kommission hat ihre Arbeit aufgenommen und soll bis spätestens zum 30.06.2016 einen Bericht vorlegen. Die Landesregierung setzt auf einen Neubeginn, der die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt. Ein Grundprinzip der künftigen Auswahl eines Ortes und einer Methode für die sichere Lagerung von hoch radioaktivem Atommüll sollte sein, dass erst die entscheidenden Sicherheitsanforderungen und Sicherheitskriterien festgelegt werden und erst im Anschluss mögliche Standorte ausgewählt werden. Da die Kommission ihren Bericht noch nicht vorgelegt hat, kann die Landesregierung dazu noch nicht Stellung beziehen.

- ♣ *Die entscheidenden Sicherheitsanforderungen und Sicherheitskriterien sind schon jahrzehntelang bekannt.*
- ♣ *Sie sind bei der Standortuntersuchung von Gorleben berücksichtigt worden (siehe Teil II, VSG Strukturplan, Arbeitspaket 4).*
- ♣ *Die Fragen 4 und 5 der Kleinen Anfrage der FDP Politiker wurden dagegen von Stefan Wenzel weder angesprochen noch beantwortet.*
- ♣ *Die von dem Minister genannten Aussagen haben nichts mit den heute bekannten Fakten von Gorleben zu tun. Das Gegenteil ist der Fall: Er verweist eher auf seine großen und teuren politischen Visionen einer von Fehlern freien Zukunft nach der Endlagerwende!*

Stefan Wenzel.

ANLAGE 1

-Niedersächsischer Landtag - 16. Wahlperiode (18.10.2012) Drucksache 16/5300, Bericht zum 21. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

-Deutscher Bundestag -17. Wahlperiode (23.05.2013), Drucksache 17/13700, Beschluss Empfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Art. 44 des Grundgesetzes.

-Bundesministerium für Forschung und Technologie/KEWA GmbH, Ermittlung mehrerer alternativer Standorte für eine industrielle Kernbrennstoff - Wiederaufarbeitungsanlage, KWA 1224,VS, Abschlussbericht Dezember 1974

-Bundes Innenministeriums, Sicherheits-Kriterien für die Endlagerung radioaktive Abfälle in einen Bergwerk, 20.04.1983, GMBI. 1983, in R. 13, S. 220, RDSHCHR. D. B am IV. 2004.1983- AGK 3 - 515 790/2 -

-Bundesumweltministerium, Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung Wärmeentwicklung Teilen der radioaktiver Abfälle, 30.09.2010

- ♣ *Zu den Inhalten dieser Erklärungen äußere ich mich nicht!*

ANLAGE 2“

- ♣ *Die Langfassung der ANLAGE 2 mit den Titelnennungen können im Original nachgelesen werden. Im Folgenden sind nur die Autoren, das Erscheinungsjahr und die Finanziere der Berichte genannt.*

„**Grimmel**, E. (1979) .. (59 S.) .. Institut für Angewandte Ökologie e.V.; **Mauthe**, F. (1979) .. (60 S.) ... Geologisches

Institut der Universität Hannover; **Duphorn, K.** (1983) .. (265 S.) .. Universität Kiel; ***Appel, D.** et al. (1984) .. (?) .. Fraktion der Grünen; **Duphorn, K.** (1984) .. (47 S.) .. Universität Kiel; **Grimmel, E.** (1984) .. (?) .. (?); **Duphorn, K.** (1986) .. (?) .. Z. dt. geol. Ges.; **Duphorn, K.** (1988) .. (141 S.) .. im Auftrag der SPD, Kiel; **Duphorn, K.** (1993) .. (202 S.) .. im Auftrag des rot-grünen Nieders. Umweltministeriums; **Albrecht, I** et al. (1993) .. (166 S.) .. im Auftrag des rot-grünen Nieders. Umweltministeriums; **Grimmel, E.** (1993) .. (152 S.) .. im Auftrag des rot-grünen Nieders. Umweltministeriums; **Paluska, A.** (1993) .. (236 S.) .. (?); **Schenk, V.** (1993) .. (39 S.) ... (?); ***Appel, D.** et al. (1993) .. (118 S.) .. PanGeo Geowissenschaftliches Büro; ***Appel, D.** et al. (2006) .. (40 S.) .. Gruppe Ökologie e.V. im Auftrag von Greenpeace; **Schneider, U.** (2009) .. (64 S.) ... im Auftrag der Fraktion Die Linken im Niedersächsischen Landtag; **Kreusch, J.** (2010) .. (12 S.) .. Ausarbeitung für den 1. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlper.; ***Kleemann, U.** (2011) .. (28 S.) .. im Auftrag der Rechtshilfe Gorleben; **Schneider, U.** (2011) .. (36 S.) .. im Auftrag von Greenpeace; **Kreusch, J.** (2012) .. (30 S.) .. im Auftrag von Greenpeace!
 (*Mitglieder im heutigen Gorleben-Ausschuss, (unterstrichen: finanziert von Politik oder NGO).

Dies sind alles 'wissenschaftliche' Stimmen von Autoren, die sich seit Jahrzehnten gegen die Eignungshöflichkeit von Gorleben aussprechen. Sie stammen hauptsächlich aus dem letzten Jahrhundert. Die genannten Kritikpunkte wurden weder in der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Energiewirtschaft [*Anlage 4 der Vereinbarung vom 11.06.2001*] noch in dem VSG-Bericht bestätigt. Auch wurde einer größeren Anzahl der Schlussfolgerungen in den Berichten von der BGR widersprochen. Weder einige der wesentlichen Berichte von den hunderten, die von der BGR, der DBE oder von neutralen Forschungsinstituten geschrieben wurden, werden hier genannt, noch der Bericht der International Expert Group Gorleben „Repository Projekt Gorleben - Evaluation of the Present Situation“ (IEG) 2001 (S.125) (siehe Teil II) und auch nicht der Bericht „Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben“ der GRS 2012 (S.424) (siehe Teil II).

Die vom niedersächsischen Umweltminister Stefan Wenzel sehr verkürzte Zusammenstellung der Ergebnisse von Gorleben zeigt überdeutlich, wie die Gläubigen der grünen-ökologischen Bewegung mit ihren grünen Hilfstruppen von NGOs in der politischen Diskussion zu Gorleben jahrelang eine massive, sehr selektive, ja destruktive Berichterstattung gegenüber der Bevölkerung, den Medien und der Presse praktiziert haben und noch praktizieren – und möglicherweise die Mitglieder der Endlagerkommission und nicht nur diese dadurch manipulativ, d.h. verdeckt aber gezielt bei ihren Entscheidungen zu Gorleben beeinflusst haben könnten. Den Abgeordneten Dr. Gero Hocker sowie Dr. Stefan Birkner (FDP) sei hier deshalb großer Dank



Vernichten von Beweisen
 Die schönsten Märchen der Welt, H. Lingen Verlag, Stuttgart, 1945

ausgesprochen. Mit ihrer Kleinen Anfrage an das niedersächsische Umweltministerium 'Darf Gorleben ausgeschlossen werden?' war diese gezwungen, mit der Beantwortung der Frage ihre langjährige politische Strategie Preis zu geben, wie sie ihr Ziel erreichen konnte, Gorleben von der Landkarte zu streichen.

Lit.: Hintergrundinformationen sind bei Google im Internet zu finden unter 'Helmut Fuchs, Geologe'

Teil II: Realität
Teil III: Analyse

Gorleben – Endlagerwende 2016

Stefan Wenzel, Umweltminister – Mastermind der Wende

Teil II von III

Dr. Helmut Fuchs, Geologe

Teil II: Realität

In der folgenden Antwort (Drucksache 17/1999) der Landesregierung auf die Anfrage „Darf Gorleben vor ab ausgeschlossen werden?“ (Drucksache 17/1607) der Abgeordneten Dr. Gero Hocker und Dr. Stefan Birkner (FDP) steht in den

Vorbemerkungen: „Die Landesregierung bleibt bei der Auffassung, dass der Standort Gorleben geologisch ungeeignet und politisch verbrannt ist“. Das behauptet Stefan Wenzel, derzeitiger Minister für Umwelt in Niedersachsen.

„ ... Das Untersuchungsprogramm, das bisher in Gorleben durchgeführt wurde, ist umfassender als bei irgendeiner anderen Erkundung eines potentiellen Endlagerstandortes weltweit... “ (IEG)

International Expert Group Gorleben

Repository Project Gorleben -
Evaluation of the Present Situation



Letzter Abschnitt des Teil I:

Die vom niedersächsischen Umweltminister Stefan Wenzel sehr verkürzte Zusammenstellung (Teil I :Ideologie) der Ergebnisse von Gorleben zeigt im folgenden Teil II: Realität überdeutlich, wie die Gläubigen der grünen-ökologischen Bewegung mit ihren grünen Hilfstruppen von NGOs in der politischen Diskussion zu Gorleben jahrelang eine massive, sehr selektive, ja destruktive Berichterstattung gegenüber der Bevölkerung, den Medien und der Presse praktiziert haben und noch praktizieren – und möglicherweise die Mitglieder der Endlagerkommission manipulativ, d.h. verdeckt aber gezielt bei ihren Entscheidungen zu Gorleben beeinflusst haben könnten. Den Abgeordneten Dr. Gero Hocker sowie Dr. Stefan Birkner (FDP) sei deshalb hier großer Dank ausgesprochen. Mit ihrer Kleinen Anfrage an das niedersächsische Umweltministerium 'Darf Gorleben vor ab ausgeschlossen werden?' war diese gezwungen, mit der Beantwortung der Frage ihre langjährige politische Strategie Preis zu geben, wie sie ihr Ziel erreichen konnte, Gorleben von der Landkarte zu streichen.

Teil II: Realität

Im Jahr 1998 hat die neu gewählt rot-grüne Bundesregierung entschieden, wegen ihres Zweifels an einer sachgerechten Auswahl des Standortes Gorleben aber insbesondere auch wegen des Zweifels an den bis dahin erarbeiteten fachlichen Ergebnissen der Untersuchungen des Standortes eine Unterbrechung aller weiteren fachlichen Untersuchungen zu verordnen. Begründung dafür war, die Bevölkerung vor möglichen zukünftig zu erwartenden Gefahren und insbesondere vor angeblichen langjährigen Schäden durch das Projekt zu verhindern. Im Jahr 2000 wurde deshalb ein Moratorium für die untertägige Erkundung des Salzstocks für einen Zeitraum von drei bis zehn Jahre beschlossen – das letztendlich 10 Jahre dauerte.

Da diese Zweifel nur von Vertretern der grünen Bewegung und ihren NGO-Hilfstruppen geäußert wurden, diese Meinung jedoch nicht von den meisten Fachleuten und Fachbehörden geteilt wurde und damals auch nicht von Mitgliedern anderer Parteien, entschlossen sich die für die Kosten der

Entsorgung des „Atommülls“ verantwortlichen Stromversorgungsunternehmen zu hinterfragen, inwieweit diese Zweifel aus fachlicher Sicht gerechtfertigt sind. Als Folge wurde GNS mbH beauftragt, durch eine international besetzte Expertengruppe bewerten zu lassen, ob nach internationalen Standards ein derartiges Moratorium gerechtfertigt ist. Der in englisch geschriebene Ergebnisbericht – mit deutscher Einleitung und Zusammenfassung – wurde im Juli 2001 an das BfS sowie an die BGR übergeben, deren Mitarbeiter aus beiden Behörden die Gruppe fachlich ausführlich unterstützt haben. Gleichzeitig wurden die Ergebnisse des Berichts in Hannover der Presse vorgestellt. Um die große Differenz der Bewertung der bisherigen Untersuchungsergebnisse zwischen der subjektiven Einschätzung deutscher Politiker und der objektiven Beurteilung durch deutsche und internationale Fachleute aufzuzeigen, werden zum Vergleich die Aussagen des Umweltministers von Niedersachsen mit den tatsächlichen Ergebnissen verglichen. Beispielfhaft wird dies an den beiden folgenden öffentlich zugänglichen Berichten gezeigt: Bericht der 'International Expert Group Gorleben (IEG)' aus dem Jahr 2001 und der 'Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben (VSG)' von 2013. Die **International Expert Group Gorleben (IEG)** wurde mit dem Ziel zusammen gestellt, für die deutschen Stromversorgungsunternehmen eine objektive wissenschaftliche Beurteilung der Untersuchungen des Salzstocks als potentieller Endlagerstandort zu erstellen. Dabei sollte die IEG zusätzlich zu einer fachlichen Bewertung der methodischen, wissenschaftlichen und technischen Ergebnisse auch ihre Einschätzung zu den wesentlichen politischen Zweifeln der damaligen Regierung abgeben. Insbesondere deshalb, weil vor dem Regierungswechsel Ende 1998 das BfS und das BMU (BMU 1998) keine Zweifel hinsichtlich der Eignungshöflichkeit des Salzstocks als Endlager geäußert hat: „... die hierbei gewonnenen Ergebnisse belegen nachvollziehbar, dass eine begründete Aussicht auf eine Eignung insbesondere für die Endlagerung hochradioaktiver, wärmeentwickelnder Abfälle und abgebrannter Brennelemente besteht ...“.

Der IEG gehörten diese Fachleute an:

Per-Eric Ahlström: Senior Consultant, Swedish Nuclear Fuel and Waste Management Co (SKB), graduated as MSc in Engineering Physics in 1956. From 1956-1984 Mr. Ahlström was with Vattenfall working in nuclear engineering, reactor physics, reactor safety, nuclear fuel management, nuclear waste management. From 1984 -1992 he was research director of SKB, and from 1993 until his retirement in 1997 Vice President of SKB. Under his leadership at SKB, the Swedish waste management programme ran international R&D programmes in underground laboratories, sited and constructed a centralized fuel storage facility and a final repository for reactor wastes, and maintained one of the world's most advanced deep geological repository development programmes.

D. C. Alexandre, chemist and geologist, entered the French CEA (Atomic Energy Commission) in 1961, when he was put in charge of studies on uranium ore treatment and uranium processing. In 1983 he became head of the Cadarache Research Centre, department of R&D on radioactive waste (treatment, conditioning and characterization for the French territory). In 1987 he became Deputy Director of ANDRA (French Agency for Radioactive Waste Management) where he remained until in 1990 he returned to CEA as Research Director for the programme on direct disposal. Dr. Alexandre was representative of France at the EC for many years. He retired in October 1996

Dr. Colin Heath is an Assistant General Manager for TRW Environmental Safety Systems, the contractor which has performed extensive studies at the Yucca Mountain site for the US Department of Energy (DOE) where he has worked since 1993. He received a PhD in nuclear engineering in 1964 after graduating with a BS in chemical engineering in 1960". From 1977 to 1981 Dr. Heath was Director of the US DOE's initial siting investigations for radioactive waste repositories; he has been closely involved with all aspects of the US spent fuel storage and disposal for 25 years.

Professor Dr.-Ing. Klaus Kühn, graduated as a mining engineer from the Bergakademie Clausthal (Clausthal School of Mines) and received his doctorate from the Technische Universität Clausthal. In 1965 he joined the national research centre GSF (then named Gesellschaft für Strahlenforschung, today GSF – Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit). After founding the GSF - Institut für Tief Lagerung (Institute for Underground Disposal), he was its director from 1973 until 1995. Since then, he works as scientific advisor for GSF and as Professor at the Technische Universität Clausthal. He was and is a member of many national and international committees. e.g. the German Reaktor-Sicherheitskommission (RSK - Reactor-Safety Commission) from 1983 until 1998, as an expert in radioactive waste management.

Dr. Charles McCombie received a PhD Degree in Physics in 1971. From 1970-74, he worked at the United Kingdom

Atomic Energy Authority, England and from 1974-79 at the Swiss Institute for Reactor Research, now the Paul Scherrer Institute. Dr. McCombie is an independent advisor in international nuclear waste management. His principal role at present is as Head of Science, Technology and Engineering for Pangea Resources Australia. Prior to this he was Director of Science & Technology at Nagra (National Co-operative for the Disposal of Radioactive Wastes) in Switzerland for almost 20 years. He is retained as Executive Advisor to Nagra, has directly advised waste management projects in various other countries (e.g. Japan, Canada, Germany) and for the OECD/INEA. He is currently Vice Chairman of the Board of Radioactive Waste Management of the National Academies of the USA and a member of the Nuclear Research Advisory Committee of the National Paul Scherrer Research Institute.

Dr. Wendell D. Weart is a Senior Fellow at Sandia National Laboratories in Albuquerque, New Mexico. He possesses a Doctorate in geophysics with undergraduate degrees in geology and mathematics. He was the scientific programme manager for the Waste Isolation Pilot Plant (WIPP) from its inception in 1975 until 1995 when he became senior scientist and Laboratory Fellow advising on Nuclear Waste Management issues. WIPP, a custom built deep geological repository for long-lived transuranic wastes, is the first facility of this type to have successfully gone through a formal permitting procedure leading to active operation.

Zusammenfassendes Ergebnis der Studie: „Repository Projekt Gorleben – Evaluation of the Present Situation der IEG“, 2001. (Auszüge aus der Gesamtbewertung)

... Das Untersuchungsprogramm, das bisher in Gorleben durchgeführt wurde, ist umfassender als bei irgendeiner anderen Erkundung eines potentiellen Endlagerstandortes weltweit, ausgenommen die beiden Projekte WIPP und Yucca Mountain in den USA. Eine umfangreiche Datenbasis für Gorleben wurde zusammengestellt. In ihrer Gesamtbeurteilung hat die IEG keine wissenschaftlichen oder technischen Argumente gefunden, die den Salzstock von Gorleben als potentiellen Standort für ein Endlager disqualifizieren. Das bedeutet nicht, dass alle für ein Genehmigungsverfahren erforderlichen Daten schon erarbeitet wurden. Weitere Untersuchungen sind notwendig, wie in dem Programm zur Charakterisierung des Standorts, das durch die Verhängung eines Moratoriums abgebrochen wurde, festgelegt. Die IEG ist der Ansicht, dass sich durch den Abschluss der ursprünglich geplanten Erkundungsarbeiten eine vollständige Grundlage für die Bewertung der Eignung von Gorleben als HAW Endlager ergeben würde....

... Die IEG stellt außerdem fest, dass eine Langzeitsicherheitsanalyse(TSPA) für das geplante Endlager in Gorleben bisher nicht systematisch und nach dem neusten Stand der Erkenntnisse erarbeitet worden ist. Die IEG erachtet es daher für außerordentlich wichtig, mit dieser Art von TSPA für Gorleben zu beginnen. Nach ihrer Fertigstellung muss eine Überprüfung in Form einer unabhängigen „Peer Review“ durchgeführt werden....

... Schlussfolgerungen der IEG zu der derzeitigen deutschen Entsorgungsstrategie: Die neuen Grundsatzentscheidungen der Bundesregierung basieren nicht allein auf wissenschaftlichen und technischen Argumenten. Wie in allen Ländern müssen gesellschaftliche und politische Aspekte ebenfalls berücksichtigt werden. Dennoch ist es wichtig, so genau wie möglich zwischen den Gründen zu unterscheiden, an Hand derer Entscheidungen legitim getroffen werden können. Wissenschaftler, die sich mit der Endlagerung beschäftigen, so wie in anderen Bereichen mit weitreichenden Auswirkungen auf die Gesellschaft auch, haben eine Verantwortung, sich objektiven Argumenten zu widersetzen, die in Entscheidungsprozessen zu früh mit politischen Gesichtspunkten vermischt werden...“.

Zum Schluss sei angemerkt, dass nach meinem Wissen der IEG Bericht von 2001 in keinem veröffentlichten Bericht des BMU, des BfS oder den bestens vernetzten NGOs erwähnt wird – außer in dem folgenden VSG-Bericht der GRS. In dem Projektstrukturplan ist aus gutem Grund, wie im IEG Bericht empfohlen, als letztes Arbeitspaket eine International Peer-Review-Bewertung zur Überprüfung der wissenschaftlichen Ergebnisse fest eingeplant.

Table of Contents

Zusammenfassung
Executive Summary
Report
1. Introduction
2. Development of concepts and projects “ for deep geological disposal in salt
3. The current situation concerning Gorleben
4. IEG suggestions on the path forward
5. Overall IEG observations and conclusions on Gorleben and Germany's disposal programme
6. References
Appendix 1: IEG work programme
Appendix 2: IEG evaluation of problematic issues
Appendix 3: Figures
Appendix 4: Übersetzung von Kapitel 1 und 5

Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben (VSG) erstellt von der GRS

In einer gemeinsamen Erklärung von Bundesminister Röttgen und dem Präsidenten des BfS König wurde im November 2010 die Erstellung einer vorläufigen Sicherheitsanalyse für den Standort Gorleben (VSG) angekündigt: „Das Moratorium würde zum 1. Oktober 2010 wieder aufgehoben. Mit der Wiederaufnahme der Erkundungsarbeiten solle endlich Klarheit geschaffen werden ... eine ergebnisoffene Erkundung muss die Eignung oder Nichteignung des Salzstocks Gorleben umfassend begründen. Sollte sich der Salzstock als ungeeignet erweisen, müssen wir neue Wege finden ...“ Bei der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) wurde deshalb diese vorläufige Sicherheitsanalyse für Gorleben (SVG) in Auftrag gegeben, die alle bisherigen Untersuchungsergebnisse analysieren und zusammenfassen soll. Der Ergebnisbericht der GRS liegt inzwischen vor (GRS-290; 2012). In meinen beiden Beiträgen („Gorleben und das Standortauswahlgesetz - Ad calendae graecas“ und „Gorleben - Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben ist geeignet“) habe ich die technischen und politischen Hintergründe zur Entstehung der Studie genannt, die keine Erkenntnisse enthält, die gegen die Eignungshöflichkeit sprechen. Sie wurde von neutralen Wissenschaftlern auf der Basis umfassender Einzelberichte (25 von insgesamt 5628 Seiten) von folgenden Forschungseinrichtungen erstellt, hat 424 Seiten und kostete den Steuerzahler fast neun Millionen Euro. Damit jeder interessierte Leser diese objektive Aussage überprüfen kann, habe ich im Folgenden die jeweiligen Ergebnisse (Fazite) der einzelnen Kapitel der GRS-Studie transparent gemacht.

Bbeauftragte Organisationen:

- Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), - DBE TECHNOLOGY GmbH, - das Institut für Aufbereitung, Deponietechnik und Geomechanik der TU Clausthal, - Institut für Gebirgsmechanik GmbH (IfG), - Institut für Sicherheitstechnologie (ISTec), - Karlsruher Institut für Technologie/Institut für Nukleare Entsorgung (KIT/INE), - international nuclear safety engineering GmbH (nse; Zusammenschluss mehrerer Institute der RWTH Aachen), - Institut für Atmosphäre und Umwelt (IAU) der Universität Frankfurt - T-Systems Solutions for Research GmbH.

Ergebnisse der Bewertung

KAPITEL 5 Umsetzung des Sicherheits- und Nachweiskonzept im Vorhaben VSG S.77 bis S. 256

Fazit S.103, M: „Zusammenfassend ist festzustellen, dass keine grundsätzlichen Zweifel an der technischen Umsetzbarkeit der im Vorhaben entwickelten Auffahrungs- und Einlagerungskonzepte bestehen ...“

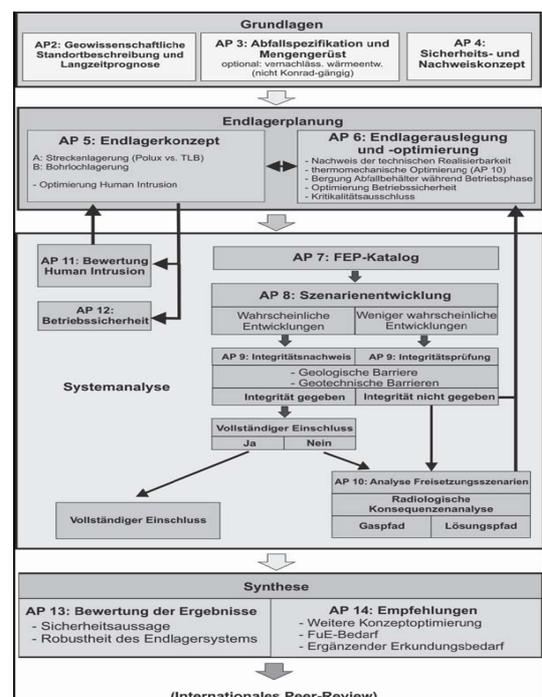
Fazit S.110, M1: „... dass die Maßnahme M1 bei der Auslegung der Grubengebäude auf konzeptioneller Basis umgesetzt wurde. Die Anzahl, Längen und Querschnitte der Einlagerungsstrecken bzw. Einlagerungsbohrlöchern ergeben sich aus der Anzahl der und den Abmessungen der Behälter ... In zukünftigen Optimierungen können sicherheitstechnische Zielsetzungen von Bedeutung sein ...“

Fazit S.118, M10: „... dass die geforderte Maßnahme M10 konzeptionell insgesamt umgesetzt und auch in der Realität betriebstechnisch mit heutiger Bergbautechnik umsetzbar ist.“

Fazit S.126 M12, M15: „... dass die Forderung, die sich aus den Maßnahmen M12 und M15 ableiten, im Vorhaben VSG auf konzeptioneller Basis für den Fall der Strecken- und Bohrlochlagerung umgesetzt wurden ...“

Fazit S.131 M13 M14: „... dass das Hauptsalz im Kernbereich des Salzstocks und damit auch in der Umgebung des Einlagerungsbereiches auf Grund der geologischen Entwicklungsgeschichte durch eine halokinetisch bedingte intensive Deformation und daraus resultierende Homogenisierung gekennzeichnet ist. Gleichzeitig weist es einen hohen Rekrystallisationsgrad und die Abwesenheit von hydraulischen Klüften, Störungen oder makroskopischen Lösungsvorkommen auf ...“

Projektstrukturplan VSG



„Die Erfüllung der mit der Maßnahme M2 verbundenen Anforderungen an die Eigenschaften der geologischen Barriere kann daher unter der grundlegenden Annahme im Vorhaben VSG, dass die im Erkundungsbereich 1 erzielten Erkundungsergebnisse auf nicht erkundete Hauptsalzpartien übertragen werden können, grundsätzlich als gegeben angesehen werden ...“

Fazit S.137, M13, M14: „Die im Vorhaben VSG durchgeführte Endlagerplanung sieht den Einlagerungsbereich der Streckenlagerung auf der 870-m-Sohle vor. Auch das Prinzip der Bohrlochlagerung (Variante C) sieht das Niveau der Überfahrungsstrecken, von denen aus die Bohrlöcher beladen werden, auf einer Teufe von 870m vor. Durch die Endlagerplanung ist gewährleistet, dass große Mächtigkeiten der Salzbarriere zu den Seiten sowie nach oben zum Salzspiegel vorhanden sind ...“

Fazit S.138 M14: „Für die nächste eine Million Jahre ist davon auszugehen, dass aufgrund der geringen verbliebenen Mengen mobilisierbaren Hauptsalzes im Bereich der Zechstein-Basis und unter dem Einfluss des rezenten Hauptspannungsfeldes keine erneute massive Salzeinwanderung in die Struktur mit entscheidenden Änderungen der geologischen Standortverhältnisse stattfinden ...“

Fazit S.170, M6, M7, M8, M16: „... dass die Maßnahme M7 zwar durch das im Vorhaben VSG entwickelten Verschlusskonzept auf konzeptioneller Basis formal umgesetzt wurde und erfolgversprechend erscheint. Trotz umfangreicher Untersuchungen in der Vergangenheit fehlt jedoch noch ein fundiertes Prozessverständnis bezüglich der erreichbaren Endporosität und zur Geschwindigkeit der Salzgruskomaktion bei geringer Feuchtigkeitszugabe unter realen Endlagerbedingungen. Es gelten diesbezüglich die gleichen Vorbehalte, die im Zusammenhang mit der Umsetzbarkeit der Maßnahmen M6, M8, und M16 dargestellt wurden ...“

Fazit S. 229 Einschluss der Nuklide: „Aufgrund der großräumigen Integrität der an das Endlagerbergwerk angrenzenden Bereiche der geologischen Barriere, der Integrität der Verschlussbauwerke über ihre Funktionsdauer sowie der Einschlusseigenschaften des kompaktierten Versatzes kann für den Standort ein einschlusswirksamer Gebirgsbereich in Lage und Grenze ausgewiesen werden ...“

KAPITEL 6 Zusammenfassung der Ergebnisse S. 257 bis S.312

Kapitel 6.1 Grundlegende Annahmen S. 257 „... Ein Großteil der im Vorhaben VSG erzielten Ergebnisse und die nachfolgenden Ausführungen stehen unter dem Vorbehalt, dass die Ergebnisse zukünftiger Erkundungs- bzw. Forschungsarbeiten bestätigen, dass die nachfolgend aufgelisteten grundlegenden Annahmen zutreffen...“

Kapitel 6.2 Umsetzung der Sicherheitsanforderungen des BMU im Vorhaben VSG

Kapitel 6.2.1 Anforderungen an die Endlagerauslegung

Fazit S.267: „... Zusammenfassend ist folgendes festzustellen: Die Sicherheitsanforderungen des BMU an die Endlagerauslegung können generell auf der für eine vorläufige Sicherheitsanalyse typischen konzeptuellen Ebene als erfüllt bzw. in Zukunft als erfüllbar angesehen werden. ...“

Kapitel 6.2.2 Anforderungen an die Nachweisführung

Fazit: S.288: „Aus den im vorangegangenen dargelegten Gründen wird davon ausgegangen, dass die Anforderungen an die langzeitsicherheitsgerichteten Nachweise, soweit diese den dauerhaften Einschluss der aus den Abfällen stammenden Radionuklide betreffen, auf konzeptioneller Basis umgesetzt wurden ... Die zusammenfassenden Aussagen am Ende des Kapitels 6.2.1 zum FuE-Bedarf bei den im Vorhaben VSG projektierten Verschlussprojekten und zum langfristigen Kompaktionsverhalten von Salzgrusversatz gelten hier gleichermaßen, ebenso wie die Einschränkungen zur Durchführung von Optimierungsmaßnahmen im Vorhaben VSG ...“

Kapitel 6.2.3 Anforderungen an Qualität, Dauerhaftigkeit und Robustheit des Einschlussvermögens des einschlusswirksamen Gebirgsbereiches

Fazit: S. 301: „Zusammenfassend wird festgestellt, dass einer zukünftigen potenziellen Beeinträchtigung des Einschlussvermögens des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs durch natürliche Ereignisse und Prozesse planerisch Rechnung getragen wird. Gegen kurzfristige Ereignisse wie Erdbeben ... wurden die Verschlussbauwerke ausgelegt. Den Auswirkungen durch Subrosion, Erosion, Diapirismus sowie Klimaveränderungen wurde durch ... eine ausreichende Teufenlage der Einlagerungsbereiche begegnet ...“

Fazit: S. 312: „... Bezogen auf die Endlagerung von wärmenentwickelnden radioaktiven Abfälle können unter den in Kapitel 6.1 angeführten Vorbehalte sowohl die projektierten Endlagersystemen als auch die hiermit verbundenen Sicherheitsaussagen als robust angesehen werden. Für das Freisetzungverhalten gasförmiger Radionuklide gilt dies vorbehaltlich der Modell- Prozess- und Datengewissheiten nur, wenn Behälter unterstellt werden, die über etwa 500 Jahre gasdicht sind. ... Die im Vorhaben VSG entwickelten Endlagerkonzepte werden einschließlich der Rückholungskonzepte als realisierbar angesehen...“

Zusammenfassung der im Anhang der Synthese genannten geowissenschaftlichen Standortbeschreibungen. Bericht zum Arbeitspakete 13 (S. 379 – 424).

In diesen Anhang wird die Geologie im Zusammenhang mit der zukünftigen geologischen Entwicklungsgeschichte des Endlagers genau beschrieben. Ein Inhaltsverzeichnis zu diesem Anhang ist allerdings nicht zu finden. Deshalb ist für den interessierten Leser diese Themengliederung angeführt:

A.1: Schichtenfolge und Lagerungsverhältnisse im Deck- und Nebengebirge: A1.1: Prä-salinarer Untergrund; A1.2: Zechstein; A1.3: Trias bis Oberkreide; A1.4: Tertiär A1.5: Quartär;

A.2: Hydrogeologie: A2.1 Hydrologischer Bau des Deckgebirges; A2.2: Das Süß-/ Salzwassersystem; A2.3: Grundwasserbewegung im Süßwasserkörper; A2.4: Grundwasserbewegung im Salzwasserkörper;

A.3: Geologie des Salzstocks Gorleben: A3.1: Entwicklungsgeschichte der Salzstruktur Gorleben-Rambo; A3.2: Hutgestein des Salzstocks Gorleben; A3.3: Salzspiegel; A3.4: Subrosion; A3.5: Stratigraphie und Lithologie; A3.6:

Klüfte und Störungen im Salinargestein; A3.7: Lösungsvorkommen im Salinargestein; A3.8: Kohlenwasserstoff- und Gasvorkommen im Salinargestein; A3.9:

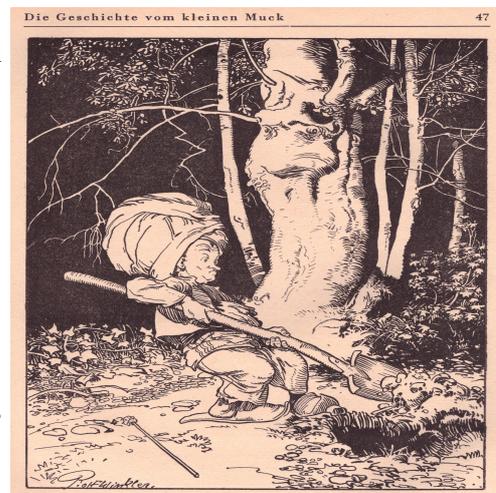
A.4: Geologische Langzeitprognose: 4.1: Ableitung der zukünftigen Rahmenentwicklung; 4.2: Wahrscheinliche zukünftige geologische Entwicklung am Standort Gorleben; 4.3: Überregionale Entwicklungen; 4.4 Kaltzeitliche Entwicklungen;

4.5: Wenig wahrscheinliche oder auszuschließende Entwicklungen des geologischen Systems am Standort Gorleben. Literaturverzeichnis.

In diesem Zusammenhang muss nochmals deutlich darauf hingewiesen werden, dass zum einen die im Projektstrukturplan als Abschluss der Analyse festgelegte Bewertung der Ergebnisse, wie von der IEG 2001 empfohlen, auch hier durch ein fest eingeplantes Internationales Peer Review Verfahren abzuschließen ist. Am 23. Juli 2013 wurde jedoch das 'Stand AG' vom Bundestag verabschiedet, in dem es nach § 29 (3) heißt, dass „... spätestens mit Inkrafttreten dieses Gesetzes ohne eine Eigenschaftsprognose für den Standort Gorleben eingestellt wird ...“ In einem am 27. Juli 2013 parteiübergreifenden Konsens-Gespräch wurde nur vier Tage später die Vergabe dann auch verboten. Denn eine Vergabe dieser neutralen Analyse jetzt oder auch später, beispielsweise nach einem Regierungswechsel, würde der Öffentlichkeit deutlich zeigen, dass es bei der Entscheidung gegen Gorleben um ein rein ideologisch geprägtes Machtspiel der grünen Bewegung handelt. Und zweitens ist in Kapitel 5, Schlussvorschriften festgeschrieben, dass auch die Ergebnisse der bisherigen Standortuntersuchung von Gorleben bei der nach der Endlagerwende erneut beginnenden Suche nach neuen Standorten Gorleben später nur ganz begrenzt bei einem Standortvergleich berücksichtigt werden dürfen. Diese gesetzmäßigen Verbote sind ein klarer Hinweis für die Furcht der grünen Bewegung vor der Wahrheit. Denn über die Qualität und Aussagen einer solchen Bewertung darf heute und möglichst lange nichts ans Licht der Öffentlichkeit kommen. Ist das der Grund für das Fehlen der Nennung der 'VSG Studie' in ANLAGE 2 der Antwort des Umweltministers? In einer Demokratie hat der Bürger ein Recht darauf, die Ergebnisse einer wesentlichen Studie bei einem derart wichtigen Thema zu erfahren, für die er teuer bezahlt hat.

Die bisherigen direkten und indirekten Kosten für Gorleben dürften in der Größenordnung von 2,5 Milliarden Euro liegen. Sie wurden von den Stromkunden und den übrigen Steuerzahlern bezahlt. Sie sind zum großen Teil nach der jetzt im 'politischen Konsens' stattgefundenen Endlagerwende verloren. Die mit dem neuen Standortauswahlgesetz beginnende neue Suche bis zur Genehmigung eines möglichst sicheren Endlagers dürfte Jahrzehnte dauern und Kosten von mehr als 25 Milliarden EURO verursachen. Sie müssen ab jetzt zum großen Teil von den Steuerzahlern der nächsten Generationen nochmals aufgebracht werden, mit dem großen Risiko, dass in Folge der rasant wachsenden Technologien in Zukunft – „Atommüll“ wird zum Energierohstoff – ein Endlager in tiefen geologischen Formationen möglicherweise nicht mehr gebraucht wird. Siehe meinen Bericht: „Substanzlose Endlagersuche“.

Die politische Einschätzung des Umweltministers Wenzel zu Gorleben, die er Kraft seines Amtes öffentlichen verbreitet hat: „Die Landesregierung bleibt bei der Auffassung, dass der Standort Gorleben geologisch ungeeignet und politisch verbrannt ist“ entspricht fast ausschließlich den Vorstellungen seiner Parteigenossen bzw. den bis Brüssel bestens vernetzten Anti-Nuk Lobbyisten. Mit der Realität hat diese Einschätzung jedoch wenig zu tun. Somit ist die Aussage von ihm weniger den qualitativ hochwertigen Arbeiten in Gorleben geschuldet, sondern eher den Brandstiftern der grünen Bewegung.



Neuanfang nach der Endlagerwende

Wilhelm Hauff's Märchen, K Thiedemanns Verlag, Stuttgart 1945

Lit.: - Zusammenfassung: 'International Expert Group Gorleben (IEG) Novo Argumente'
- Gesamtbericht: 'International Expert Group Gorleben (IEG)'

- Zusätzliche Hintergrundinformationen sind bei Google im Internet zu finden unter 'Helmut Fuchs, Geologe'

Teil III: Analyse

...Hinter dieser seit dem Jahr 2000 zunehmend gezielten Politik der Desinformation durch die Verantwortlichen für die Endlagerung = Untertage Deponierung hochradioaktiver „Abfälle“, also insbesondere durch die Parteien, das BMU sowie das BfS, ihre politischen Mitstreiter und die zahlreichen NGOs steckt eine langjährig angelegte Strategie, obwohl sie fleißig in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, die Transparenz und Einbindung der Öffentlichkeit sei ein hohes Gut....

Gorleben – Endlagerwende 2016

Stefan Wenzel, Umweltminister – Mastermind der Wende

Teil III von III

Dr. Helmut Fuchs, Geologe

Teil III: Analyse

In der folgenden Antwort (Drucksache 17/1999) der Landesregierung auf die Anfrage „Darf Gorleben vor ab ausgeschlossen werden?“ (Drucksache 17/1607) der Abgeordneten Dr. Gero Hocker und Dr. Stefan Birkner (FDP) steht in den Vorbemerkungen: „Die Landesregierung bleibt bei der Auffassung, dass der Standort Gorleben geologisch ungeeignet und politisch verbrannt ist“. Das behauptet Stefan Wenzel, derzeitiger Minister für Umwelt in Niedersachsen



Letzter Abschnitt des Teil II:

Die politische Einschätzung des Umweltministers Wenzel zu Gorleben, die er Kraft seines Amtes öffentlich verbreitet hat: „Die Landesregierung bleibt bei der Auffassung, dass der Standort Gorleben geologisch ungeeignet und politisch verbrannt ist“ entspringt fast ausschließlich den Vorstellungen seiner Parteigenossen bzw. den bis Brüssel bestens vernetzten Anti-Nuk Lobbyisten. Mit der Realität hat diese Einschätzung jedoch wenig zu tun. Somit ist die Aussage von ihm „geologisch ungeeignet und politisch verbrannt“ weniger den qualitativ hochwertigen Arbeitsergebnissen geschuldet, die für das Endlager = Untertage-Deponie Gorleben geleistet wurden, sondern den Brandstiftern seiner grünen Bewegung.

Teil III Analyse

Die meisten Ausführungen des Umweltministers Stefan Wenzel oder die seiner Berater scheinen nicht den wissenschaftlich technischen Stand der Erkundungsergebnisse zum Zeitpunkt direkt vor dem politisch verordneten Moratorium von 2001 bekannt zu sein. Die geäußerten Zweifel seiner Parteigenossen, die sich hauptsächlich auf die 20 Aussagen der im Anhang seiner Antwort beziehen, wurden nicht nur von der BGR meist als wenig stichhaltig zurückgewiesen. Auch die Bewertung der dokumentierten Ergebnisse bis zum Moratorium in 2001 durch die neutrale, fachlich hochrangig besetzte „International Peer Review Group (IEG)“ konnten die Zweifel nicht bestätigen. Insbesondere die sehr umfassenden Ergebnisse und die davon abgeleiteten Schlussfolgerungen der „Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben (GRS)“ von 2012 enthalten keine Hinweise, die gegen eine „Eignungshöflichkeit“ von Gorleben sprechen. Dies ist auch ein Hinweis auf die praktizierte selektive Auftragsvergabe der zahlreichen in der Antwort des Ministers genannten Berichte an seine Öko-Lobbyisten, die wahrlich nicht neutral genannt werden können. Denn bei seiner öffentlich gemachten Einschätzung der Qualität von Gorleben nennt er keinen einzigen der zahlreichen Ergebnisberichte des BfS, auch nicht die von offiziellen Behörden wie der BGR sowie der DBE und Sonstigen, die für das Milliarden - Projekt Gorleben verantwortlich waren. Sie fallen geschickterweise in die Kategorie 'nicht abschließende Liste', einen neuen, ideologisch geprägten Begriff für Desinformation: Man benutzt ihn, wenn man nicht die ganze Wahrheit nennen will. In diesem Fall dürfte das Verhältnis zwischen objektiver Wahrheit zur subjektiven (Un-)wahrheit in der Größenordnung von 99 Prozent der nicht genannten zu 1 Prozent der genannten Berichte liegen.

Hinter dieser seit dem Jahr 2000 zunehmend gezielten Politik der Desinformation – heute auch 'Fake News' genannt -, durch die Verantwortlichen für die Endlagerung = Untertage Deponierung hochradioaktiver „Abfälle“, also insbesondere durch das BMU sowie das BfS, ihre politischen Mitstreiter und die zahlreichen NGOs steckt eine langjährig angelegte Strategie, obwohl sie fleißig in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, die Transparenz und Einbindung der Öffentlichkeit sei ein hohes Gut. Schon in dem 2002 erschienen 'AkEnd-Bericht des Arbeitskreis Auswahlverfahren für Endlagerstandorte', wird im Kapitel 3 „Öffentlichkeitsbeteiligung“ gefordert: „*Der Arbeitskreis hält eine aktive Beteiligung der Öffentlichkeit in jeder Phase und in jedem Verfahrensschritt für unerlässlich*“. Möglicherweise hat das BfS diese Aufforderung so verstanden, dass dies nicht für den Zeitraum des Moratoriums und auch so lange nicht gilt, so lange Gorleben nicht von der Landkarte verschwunden ist. In der Antwort auf die parlamentarische Anfrage kann man, ohne allzu sehr spekulieren zu müssen, einerseits davon ausgehen, dass sich der Präsident des BfS mit grünem Parteibuch Wolfram König aus formalen Gründen bei politischen Aussagen zurückhalten musste, andererseits als Kenner der Materie im Sinne seiner Parteilinie schweigen konnte. An diesem Beispiel lässt sich aber auch erkennen, wie viel die Aussage zur zukünftigen Einbindung der Öffentlichkeit wert ist – je größer diese ist, desto besser lässt sich diese mit gezielten Desinformationen erreichen - wie sie im § 5 des Standortauswahlgesetzes von 2013 sehr langatmig beschrieben wird. Da die früheren politischen Protagonisten bis zur Endlagerwende auch die Verantwortlichen für den Neustart der Endlagerung sein werden, dürfte sich an der Taktik des Versprechens einer noch viel weitergehenden Transparentoffensive wenig ändern. Denn die Endlagerung in Deutschland darf auch nach der Wende weiterhin, wie das Beispiel Asse zeigt, als politisch nutzbares ANGST-ASS der grünen Bewegung nicht sterben.

Vorneweg: Für einen Naturwissenschaftler sind die Fakten, die jeder nachprüfen kann, streng zu trennen von deren Interpretation, die bei jedem subjektiv unterschiedlich ausfallen kann. In den Teilen I und II des Gesamtberichtes sind die Fakten genannt, in dem Teil III sind meine persönlichen über Jahrzehnte erlebten Erfahrungen eingeflossen.

Wie konnte es zu einer derartigen Vernichtung von Volksvermögen in Deutschland kommen? Dafür gibt es sicher eine Anzahl von Gründen. Als subjektiver Beobachter dieser nur in Deutschland einzigartigen Entwicklung ist in den vergangenen fünfunddreißig Jahren, neben anderen Einflüssen, vor allem das Entstehen eines ursprünglich politisch sehr dünnen roten Fadens zu erkennen, der stetig immer grüner und kräftiger wurde. Er reicht bis zu den heute meist vergessenen Geschehnissen des Endes des 2. Weltkrieges zurück: Klaus Emil Julius Fuchs, bekannt geworden als 'Atom-Spion Fuchs', der ein begabter Wissenschaftler war aber auch einer der bekanntesten Wissenschaftsspione. Gegen Ende des Krieges und danach war er an der Entwicklung des Baus von Nuklearwaffen in den USA und in Großbritannien beteiligt. Während dieser Zeit hatte er aber auch wichtige Nukleargeheimnisse an die Sowjetunion geheimdienstlich weiter gegeben. Nach dem Bekanntwerden seiner geheimdienstlichen Tätigkeit, wurde er in Großbritannien zu 14 Jahren Haft verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Freilassung 1959 verschwand er in die DDR. Dort begann er am Zentralinstitut für Kernforschung in Rossendorf bei Dresden bis 1974 zu arbeiten, zuletzt als stellvertretender Direktor. Seit 1967 war er Mitglied des ZK der SED. Seine Erfahrung in Los Alamos in den USA, die er dort bei der Entwicklung von Techniken der Uran-Isotopentrennung gesammelt hatte, führten bei den Verantwortlichen im ZK zu dem Bedrohungsgefühl, dass ab 1968 in der Bundesrepublik im Atomforschung-Zentrum Karlsruhe und in Jülich Grundlagen für den Bau einer Gaszentrifuge (Isotopentrennanlage) erarbeitet werden könnten. Da diese für die Nutzung der Kernenergie notwendigen Forschungseinrichtungen nicht nur in der Lage sein würden, die technischen Voraussetzungen für eine Isotopentrennung für die zukünftige Nutzung der Kernkraft sein könnten, sondern auch Grundlagen für die Produktion von Plutonium für Atombomben, die nur militärischen Absichten dienen könnten. Nicht zu vergessen: Damals herrscht noch der „Kalte Krieg“.

Werner Stiller (Doppelagent), Oberleutnant der HVA, gab bei seinen Verhören preis, als er 1979 mit 20 000 Dokumenten in den Westen übergelaufen war, wie damals von der DDR die Stimmung gegen diese Anlagen bzw. alles was mit Kernkraftanlagen in Beziehung stand, mit Hilfe von Aktivisten zu stören bzw. zu verhindern. „ ... Das Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit (MfS) begnügt sich nicht damit, von den Agenten der Hauptverwaltung Aufklärung aus der Bundesrepublik heranschaffen zu lassen, was von Interesse sein könnte. Im Zusammenhang mit der Entwicklung einer westdeutschen Anti-Kernkraft-Bewegung“, so berichtete Stiller, „wird auch die Intervention mit „aktiven Maßnahmen“ erwogen“ (, DIE WELT, Nr. 246, 22.10.86)



„Das ehemalige KBW-Mitglied (1973-1975) Winfried Kretschmann, der 1979 Gründungsmitglied der baden württembergischen Grünen war und heute dem Bündnis 90/Die Grünen angehört, wurde im Mai 2011 zum ersten grünen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg gewählt. Er ist damit zugleich der erste ex-maoistische Ministerpräsidenten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die spätere Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt kandidierte auf der Landesliste NRW des KBW auf Platz 2 bei der Bundestagswahl 1976 und als Direktkandidat in Aachen Stadt. Neben Ulla Schmidt waren folgende ehemalige KBW-Genossen Mitglieder des Deutschen Bundestags der 17. Wahlperiode: Ursula Lötzer (Die Linke), Krista Sager (Bündnis 90/Die Grünen), und einigen mehr...“ (Wikipedia: KBW). Wobei noch der Parteigenosse Reinhard Bütikofer zu nennen ist, der in den 1970er Jahren, also vor der politischen Öffnung Chinas, in der 'Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft (GDChF) aktiv gewesen war, sowie führendes Mitglied der Grünen und zeitweise Mitglied der Fraktion 'Die Grünen/EFA ' im EU Parlament, Studienabbrecher und einer der politisch herausragenden und aktivsten Anti-Nuc Kämpfer. Innerhalb seiner Partei war er maßgeblich an dem Zustandekommen des 30-jährigen 'Kompromiss-Konzepts' zur Atomkraft beteiligt.

„... Der Hauptgegner des KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) war aber der 'bürgerliche Staat'. In der internationalen Politik verfolgte der KBW eine Position des Antihegemonismus und der Blockfreiheit, was in u.a. in der Parole 'Nieder mit NATO und Warschauer Pakt' zur Zeit der Zuspitzung des kalten Krieges in Europa Ausdruck fand ... , „ ... Im Unterschied zu anderen Gruppierungen, die aus der 60er-Bewegung hervorgegangen sind, war der KBW eine Kaderorganisation. Mitglieder führten mindestens 10 % ihres Bruttoeinkommens an den KBW ab, darüber hinaus wurden Beiträge (z.B. Spenden von Erbschaften) erwartet. Dank dessen verfügte der KBW neben einer Reihe hauptberuflicher Funktionäre auch über eine außergewöhnlich gut ausgebaute technische Infrastruktur ... Ideologisch stand der KBW dem Maoismus nahe und sympathisierte mit Regimen wie der Volksrepublik China, Albanien oder Kambodscha unter Pol Pot ...

„... Durch einen Kronzeugen, den der Verfassungsschutz Schleswig-Holstein Ende 1978 präsentierte, erfuhr die Öffentlichkeit, dass der KBW von seinen Mitgliedern nicht nur hohen finanziellen, sondern auch großen zeitlichen Einsatz erwarte und auch vor „psychischem Terror“ nicht zurückschrecke. Dabei wurde auch erwähnt, dass der KBW von seiner Mitgliederstruktur her nicht die „proletarische“ Organisation war, die er gerne sein wollte. In seinen Reihen waren auffallend viele Ärzte, Lehrer, ca. 70 Rechtsanwälte , Professoren (und bis zu ihrem Austritt ca. 1974–1975 auch etwa fünf evangelische Pfarrer). Die Pastoren wurden vor die Alternative des Austritts aus der Kaderorganisation gestellt

„... Der KBW beruhte programmatisch auf einer Organisationsform, die als 'Demokratischer Zentralismus' bezeichnet wurde, ähnlich der Organisationsform unter Lenin oder Mao....“

„... 1985 löste sich der KBW offiziell auf, nachdem er sein Vermögen in einen Verein mit dem Namen 'Assoziation' eingebracht hatte, der die 'grün-alternative Bewegung' unterstützen sollte. Das

(ursprünglich für etwa 3 Millionen DM erworbene) Gebäude seines Frankfurter Hauptquartiers ging einige Jahre später gegen ein für angeblich ca. 30 Mio. DM neu errichtetes „Öko-Haus“ im Tausch an die Commerzbank. Zahlreiche ehemalige Mitglieder (z.B. Joscha Schmierer oder Ralf Fücks und Willfried Maier) fanden später ihre politische Heimat im Realo-Flügel der Grünen, wie auch ihre ehemaligen Sponti-Widersacher Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit. Andere kehrten ins bürgerliche Berufsleben zurück und machten trotz ihrer revolutionären Vergangenheit in Industriefirmen und Verbänden Karriere. ...". Georg Duffner, ehemaliger Geschäftsführer der Röchlin-Gruppe, war ein aktives Mitglied im maoistischen KBW der für die kommunistische Weltrevolution kämpfte. Er kandidierte für den KBW bei den Bundestagswahlen 1976. Von ihm stammt die Aussage: *„Die Gelder des 'Vereins Assoziation' gingen an die Grünen. Ohne die Gelder des KBW wären die Grünen nicht möglich gewesen. Darum auch die Herrschaft des KBW innerhalb der Grünen. 40 Prozent der Entscheidungsträger innerhalb der Grünen haben eine KBW-Vergangenheit.“* Der ursprünglich rot-grüne Faden wurde nun zur grünen Schnur und entwickelte sich bis heute zu dem grünen Seil, aus dem das Netz der Desinformation erfolgreich geknüpft worden ist. Eine der vielen politischen Erfolge der grüne Bewegung ist: das Bundesumweltministerium wurde 1986 als Reaktion auf die Katastrophe von Tschernobyl eingerichtet. Heute im Jahr 2016, nach 30 Jaren, hat jedes Land ein Umweltministerium, mit dem Bund sind es 17. In 10 Ländern haben das Bündnis90/Die Grünen einen Umweltminister, in 4 Ländern die SPD und in 2 Ländern je einen von der CDU und einen von der CSU. Inzwischen monopolisiert im Bundesrat die grüne Bewegung den ideologistischen Geist des 'sogenannten deutschen' Umweltschutzes. Welch ein Erfolg mit dem grünen Ball der Angst gespielt zu haben und auch weiterhin zum Machterhalt damit spielen zu dürfen. Die Fast-Nennung eines ehemaligen KBW-Mitgliedes zum zukünftigen Bundespräsidenten Deutschlands zeigen die tiefen Wurzeln der grünen Bewegung in der heutigen Gesellschaft.

Welche Schlüsse kann man daraus ziehen, wenn ein großer Teil der vergangenen und heutigen Politiker-Elite, die politisch für die Kernenergie verantwortlich ist, aus einem maoistisch-ökologistisch geprägten Umfeld stammt? Abgesehen von einigen, die vom 'Saulus' zum 'Paulus' mutierten oder von einigen, die sich nicht nachweisbar als Maulwürfe im Hintergrund versteckt halten, kämpft ein größerer Teil von ihnen weiterhin mit Erfolg, ihre ideologisch geprägten Vorstellung in Deutschland durchzusetzen. Die spezielle deutsche Anti-Nuc Bewegung hat ihren Ursprung in der Zeit des 'Kalten Krieges', unterstützt von einer subversive Beeinflussung der DDR. Nachdem diese linke Bewegung selbst erkannt hatte, dass die BRD keine Plutonium-Bomben herzustellen plant, sie mit ihren bisherigen agitatorischen Erfahrungen und Aktionen aber Erfolg hatte und ihren ideologisch geprägten Zielen näher kam, begann sie systematisch die Bundesrepublik nach ihren Vorstellungen weiter zu entwickeln. Das heißt, mit dem Schüren von Ängsten bei den Bürgern den Bau von Kernkraftwerken wie z. B. Wyhl zu verhindern, Castor-Transporte publikumswirksam zu behindern und das Verschließen der Asse möglichst lange aufzuschieben. Denn sie hat die Wirkung erkannt, wie man es schon früher in unserer Geschichte hautnah erlebt hat, mit dem Kultivieren von Ängsten, politisch erfolgreich zu werden. Angst breitet sich aus, wo Wissen, Vernunft und Sachlichkeit fehlen. Angst reduziert die kritische Urteilskraft, schafft Feindbilder und Schuldige, pauschaliert und macht schwach. In den vergangenen Jahren hat die Entwertung des Verstandes bei gleichzeitiger Aufwertung von Emotionen und Halbwissen zu einer weitgehenden Verunsicherung der Bürger geführt. Insbesondere die angeblich zunehmende Zerstörung der Umwelt durch die kapitalistische Industrie macht den Bürgern Angst - und diese Strategie bildet wie bisher auch weiterhin die Basis der grüner gewordenen Bewegung für ihr zukünftiges politisches Handeln. Nach den Vorstellungen von Bundesumweltminister Hendriks steht jetzt neben anderen Themen ganz aktuelle die Minderung der Emissionen um 55 Prozent bis 2030 gegenüber dem Jahr 1990 und die Dekarbonisierung Deutschlands bis 2050 auf ihrer politischen Agenda. Motiviert durch basisdemokratische und ökologistische Vorstellungen wird von der Bewegung der Anspruch erhoben, bei jeder Fachdiskussion fachlich und insbesondere auch ökonomisch mitreden zu können.

Aufbauend auf den Begriffen Technologiefindlichkeit und Umweltzerstörung wurde eine Strategie zur Destabilisierung der Bundesrepublik entwickelt. Denn wenn es gelingt, Feindbilder zu schaffen, sowie Technologiefindlichkeit und Ängste bis zur Hysterie zu schüren, dann trifft man das Kapital. Wenn man berechtigte und unberechtigte Ängste der Wohlstandsgesellschaft verstärkt, werden technologische und industrielle Vorhaben der kapitalistischen Bundesrepublik erschwert, verzögert oder noch besser verhindert, und wenn sie schon existieren, so weit wie möglich geschädigt oder gar zerstört. Um dieses Ziel zu erreichen war es zum einen notwendig, im Sinne von Mao Tse-Tung, einem der Lehrmeister des maoistischen KBW, seinen Begriff 'XI NAO' (*Xi* entspricht waschen, *Nao* entspricht Gehirn) zu nutzen und schleichend mit den eigenen Kadern in der Politik, in der Presse, in den Medien, in den Kirchen und in den Schulen umzusetzen. Damit war der zukünftige Nährboden für die Öffentlichkeitsarbeit vorbereitet, den Ökologismus im gewünschten Sinne zu verbreiten, und zwar gezielt durch Verschweigen von Fakten, Verbreiten von Halbwahrheiten oder durch selektiv gefilterte Nachrichten mit dem Zusatz 'nicht abschließenden Liste' wie im Teil I schon beispielhaft beschrieben. Eine weitere wichtige Lehre für die grüne Bewegung ist die gezielt eingesetzte Propaganda, deren erste Aufgabe es ist die Gewinnung von Menschen für die spätere Organisation. Die zweite Aufgabe der Bewegung ist die Gewinnung von Menschen zur Fortführung der Propaganda. Die dritte Aufgabe der Bewegung ist die Zersetzung des bestehenden Zustandes und die Durchsetzung dieses Zustandes mit der neuen Lehre, während die vierte Aufgabe der Bewegung der Kampf um die Macht sein muss, um durch sie den endgültigen Erfolg der öko-sozialistischen Bewegung zu erreichen.

In Deutschland gibt es neben GREENPEACE, BUND, NABU, WWF mehr als 64 Umweltorganisationen und sog. 'Soziale Medien', die systematisch die von ihnen geglaubten Gefahren der Endlagerung = Untertage-Deponierung von hoch radioaktiven Stoffen und der Kernenergie für sich nutzen. Das gleiche gilt auch durch die Verbreitung von Ängsten vor den Gefahren des Spurengases CO₂, dessen Anteil in der Luft nur 0,004 Prozent beträgt und vor der angeblich damit zusammenhängenden Klimakatastrophe für ihre gewünschte Politik zu instrumentalisieren. Dieser zuletzt genannte ideologische Hintergrund stammt jedoch ursprünglich aus den USA, wird aber auch gerne in Deutschland zur Erweiterung ihrer Macht aber auch ihrer eigenen Pfründe und Spenden eingesetzt. In diesen politischen Organisationen und Stiftungen haben deren Akteure nur in den wenigsten Fällen eine naturwissenschaftliche, technische sowie ökonomische Ausbildung und auch die Wenigsten eine praktische Erfahrung in den von ihnen bekämpften Fachbereichen. Dagegen häufen sich dort Personen, nicht nur in den NGOs, sondern auch in leitenden öffentlichen Ämtern und Berufsgruppen, die für naturwissenschaftliche und industrielle Bereiche weder ausgebildet sind noch praktische Erfahrung haben: Beispielhaft seien hier nur genannt: Germanistik, Journalistik, Politische Wissenschaft, Literatur, Geschichte, Historiker, Philosophen, Maler, Aktionskünstler, Sozialwissenschaftler, Politologen, Volkswirtschaftler, Kommunikationswissenschaftler, Volkswirtschaftler, Rechtswissenschaftler, Studienabbrecher und eine beeindruckende Fortsetzung früherer fachfremden Mitglieder des maoistischen KBW: „... *In seinen Reihen waren auffallend viele Ärzte, Lehrer, ca. 70 Rechtsanwälte, Professoren (und bis zu ihrem Austritt ca. 1974–1975 auch etwa fünf evangelische Pfarrer)*“. Das ist ein weiterer Hinweis, wie effektiv sich diese Strategie einer langjährig subtil gesteuerten 'XI NAO'-Taktik und Propagandapolitik entfalten konnte. Für die landesweite Verbreitung ihrer Politik war zusätzlich die enorm wachsende Informationstechnologie, mit der die Mechanismen der digitalen Revolution perfekt geschaffen wurden und eine ideale Plattform für eine möglichst engen Vernetzung der Aktivisten für die Verbreitung ihrer Ideologie bildet. Im Gegensatz dazu bestanden für die, die Verantwortung für die wissenschaftlich technische Durchführung des Endlagers = Untertage Deponie zu tragen hatten, kaum Möglichkeiten, die Öffentlichkeit weder über die erfolgreichen Fortschritte des Projektes zu informieren noch deutlich genug öffentlich die jahrelangen ideologisch geprägten Vorwürfe über die Gefahren, Fehler und Inkompetenz der Gegner zu widerlegen. Die Energiewirtschaft war nur für die Finanzierung verantwortlich, das BfS als untergeordnete Behörde des Bundesumweltministeriums, war nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch formal nicht frei, den Gegnern zu widersprechen. Die beteiligten Behörden und For-

schungseinrichtungen hatten abgesehen von rein fachlichen Berichten, dazu ebenfalls keine Befugnis. Auf dieser Basis war eine Vernetzung der Fachverantwortlichen und eine sachgerechte Information der Öffentlichkeit einschließlich der Medien unmöglich. Das bedeutet in diesem Fall, dass heute in Deutschland kein Gleichgewicht mehr zwischen gesinnungsethischem und verantwortungsethischem Handeln besteht.

Ergebnis: Die Gegner, die Anti-Nucs und ihre ideologischen Glaubensbürger haben heute die absolute Informationshoheit über den wissenschaftlichen technischen Sachstand der Endlagerung erreicht. Noch deutlicher zeigt sich der Erfolg ihrer maoistischen 'XI NAO' Taktik an der Einschätzung und Bewertung des Reaktorunfalls Fukushima Daiichi 2011 durch einen von der Regierung ernannten Ethikrat, der schlauerweise von der Regierung die politische Verantwortung für der Entscheidung über die künftige Energieversorgung Deutschlands übertragen bekommen hatte. Aus menschlicher Sicht war die Havarie eine Katastrophe, aus technischer Sicht war die primäre Ursache der Havarie nicht eine Folge des Erdbebens der Stärke 9, sondern eine dadurch verursachte sehr hohe Tsunami-Welle. Für diesen Standort waren die Kernkraftwerke nicht technisch korrekt gegen die Kraft einer solchen Welle ausgelegt, obwohl bekannt ist, dass schon im Jahr 869 im gleichen Gebiet, eine Tsunami-Welle mit der gleichen Wucht die gleiche Zerstörung bewirkt hatte. Ohne abzuwarten, bis die Ursachen des Unglücks geklärt waren, brach insbesondere in Deutschland eine Hysterie aus, die dem Machtwillen der hungrigen Ökosozialisten in die Hände spielte. Anstatt wie andere Länder abzuwarten, bis die Ursachen der Havarie bekannt geworden sind, hatte die deutsche Regierung – weltweit einmalig – nur vier Tage nach der gewaltigen Naturkatastrophe, ein Moratorium zur Abschaltung der älteren Atomreaktoren in Deutschland verfügt. Anschließend innerhalb eines Monats, hatte sie ohne eine Analyse der gesellschaftlichen, technischen und ökonomischen Folgen dieser weitreichenden Entscheidung auf die 'kenntnislose' Empfehlung eines Ethikrates in gerade mal hundertzehn Tagen ein neues Gesetz fabriziert, in dem sie sich – wieder weltweit einmalig - von der Kernkraft endgültig verabschiedet hat: „... *Die Kommission ist der festen Überzeugung, dass der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie ... nötig ist und es wird empfohlen, um Risiken, die, von der Kernkraft in Deutschland ausgehen, in Zukunft auszuschließen es wird behauptet, der „schnellstmögliche Ausstieg aus der Kernenergie sei ethisch gut begründet ...“* Diese Hast des Gesetzgebungsprozesses ist unvereinbar mit der Ausdauer, die für eine gewünschte Energiewende – aus welchen Gründen auch immer – notwendig ist, um die technische und wirtschaftliche Komplexität einer neuen Energiewirtschaft mit einer effizienten Brückentechnologie zu verstehen und später erfolgreich umzusetzen, wie das bei der Auswahl und Erkundung des Salzstock Gorleben bis 2001 beispielhaft der Fall war. Bei dem Panikablauf der Politik muss allerdings anerkannt werden, dass sich die 14 ehrenwerten Mitglieder der deutschen Gesellschaft kaum anders entscheiden konnten, da sie als Folge der Jahrzehnte langen politischen Indoktrination der grün-ökologistischen Bewegung mit den wirklichen technischen Fakten nicht vertraut sein konnten und somit unbewusst Opfer einer fragwürdigen Politik geworden sind.

Im Ausland spricht man schon von der neudeutschen Ethik. Dies zu Recht. Denn diese Bewertung steht der klaren Botschaft der UNSCEAR und WHO gegenüber. Ihr Vergleich zeigt die Todesrate nach Energiequellen an und zwar bezogen auf je eine Billion erzeugter Kilowattstunden (kWh): die Kernkraft liegt, wie zu erwarten, am niedrigsten. In Deutschland hat diese langjährige Indoktrination der Gesellschaft durch die grün-ökologistische Bewegung über die weltweit bekannten Fakten wieder einmal gewonnen und nicht nur für die dafür Verantwortlichen zu einem großen politischen Sieg geführt, sondern auch zu hohen Profiten bei den zahlreichen Subventionsgewinnlern. Abgesehen von diesen hat der Rest der Bevölkerung noch bis in die nächste Generationen die wirtschaftlichen und ökologischen – nicht ökologistischen - negativen Folgen zu tragen. Dass beispielsweise in Deutschland in Krankenhäusern jährlich mehr als 15.000 Patienten an Infektionen sterben müssen, obwohl die Kosten für zusätzlichen Hygienemaßnahmen überschaubar sind, bleibt dies für einen grün-ökologistisch gesteuerte Politik Nebensache. Denn bei diesem Thema bleibt auch für den mündigen Bürger das politisch nutzbare Angstpotenzial viel zu gering und löst bei ihnen keine Hys-

terie aus. Festzustellen ist jedenfalls, dass es sich bei der Endlagerung = Untertage-Deponierung von hoch radioaktiven „Abfällen“ um einen Fall von Täuschung und Unaufrichtigkeit handelt, der in unserer Gesellschaft ungestraft hingenommen wird. Die Verlogenheit triumphiert ein weiteres Mal.

Zurück zur Objektivität: Die 'Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe' besteht aus 2 Vorsitzenden, 8 Vertretern der Wissenschaft, 8 Vertretern gesellschaftlicher Gruppen, 8 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und 8 Mitgliedern von Landesregierungen. Hinzu kommen jeweils 8 Vertreter der Politiker, also insgesamt 34 offizielle Mitglieder und 14 Vertreter der Politik. Wie vielen dieser ehrenwerten Mitglieder der deutschen Gesellschaft dürfte bei ihrer Entscheidung zur Endlagerwende bekannt gewesen sein:

- die positive Bewertung Gorlebens durch die „International Expert Group Gorleben (IEG)“ von 2001? „... die hierbei gewonnenen Ergebnisse belegen nachvollziehbar, dass eine begründete Aussicht auf eine Eignung insbesondere für die Endlagerung hochradioaktiver, wärme entwickelnder Abfälle und abgebrannter Brennelemente besteht ...“ ?(siehe Teil II)
- die negative Behauptung des Umweltministers Wenzel vom 12.09.2014, dass der Standort Gorleben geologisch ungeeignet und politisch verbrannt ist"? (siehe Teil I)
- die positiven Ergebnisse der 'Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben (VSG)' von 2012 einschließlich den Strukturplan der 9 Millionen teuren Analyse mit der eingeplanten wichtigen abschließenden Bewertung durch eine Internationale 'Peer Review Gruppe'? (siehe Teil II)
- der geschickte Trick der Anti-Nucs, dass dort das wichtigste Arbeitspaket 'internationale Bewertung der Analyse' nicht nur nicht beauftragt worden ist, sondern auch noch mit dem Standortauswahlgesetz vom 2013 verboten worden ist? (siehe Teil II).

Grund für dieses ungewöhnliche Verbot durch ein Gesetz dürfte sein, später eine aus ökonomischen und ökologischen – nicht ökologistischen - Gründen abschließende Bewertung ohne Gesetzesänderung erheblich zu erschweren. Dem Leser sei hier überlassen, selbst zu beurteilen, ob den meisten Mitgliedern der Kommission, außer denen, die zum Kern der grünen Bewegung zählen, diese nachprüfbar Fakten wirklich im Detail bekannt sein konnten – und wenn diese Einschätzung stimmt, deren Beurteilung nicht auf einer sachlich nachprüfbar Faktenlage zu Gorleben beruhen kann. Wieder ein sehr sehr teurer Sieg des deutschen Ökosozialismus!



Kosten Endlagerwende & Energiewende + drei 000 mehr

Lit.: Hintergrund Informationen zu dem Text sind bei Google im Internet zu finden unter 'Helmut Fuchs Geologe'.

Volkswagen betrügt seit einigen Jahren ihre weltweiten Kunden mit gefälschten Abgaswerten. In den USA wurde von einer Umwelt-Behörde dieser Sachverhalt festgestellt. Als Folge wurde VW für diese angebliche Fälschung angeklagt und wird dafür mit der Zahlung eines hohen Gesamtbetrags (Gesamtbetrag noch unbekannt) bestraft werden. Die Verantwortlichen in Deutschland sind als Folge davon zurückgetreten und müssen möglicherweise mit Strafzahlungen rechnen. Hier gab es Ankläger!

Vorstandschef John Stumpf von der bedeutenden US-Bank Wells Fargo tritt nach der Veröffentlichung von skandalösen Geschäftspraktiken wie die Eröffnung von Scheinkunden durch die Bank mit sofortiger Wirkung zurück. Vom Direktorium wurde ihm ein Aktienbonus in Höhe von 41 Millionen Dollar gestrichen. Zusätzlich musste er sich einer Anhörung im US-Senat stellen. Hier gab es

Ankläger.

Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg CDU ist wegen seiner bekannt gewordenen Plagiatsaffäre zurückgetreten. Für den Staat sind für seine Verfehlungen kaum Kosten entstanden. Er sagte, „er ziehe Konsequenzen, die er auch von anderen verlangt habe“. Der bayrische Kultusminister Ludwig Spaenle sprach von einem Schritt, der Respekt verdiene und der Guttenbergs Persönlichkeit unterstreiche.

Bundesbildungsministerin Annette Schavan CDU ist wegen der Aberkennung ihres Dokortitels durch die Universität Düsseldorf zurückgetreten. Die Bundeskanzlerin sagte, sie habe den Rücktritt Schavans sehr schweren Herzens angenommen. Durch ihre Verfehlung ist dem Staat kaum ein finanzieller Schaden entstanden.

Umweltminister Stephan Wenzel, Glied der grünen Bewegung und Mitglied der Endlagersuchkommission wird weiterhin behaupten dürfen: **„Gorleben ist geologisch ungeeignet und politisch verbrannt“**. Diese Aussage wird den Bundesbürger noch sehr viel Ärger und sehr viel Geld kosten! Hier könnte der aufgeklärte Wähler Ankläger werden. Er sollte sich nur bald entscheiden.



Wilhelm Busch: Friedr. Bassermannsche Verlagsbuchhandlung, München, 1924

Lit.: - Zusätzliche Hintergrundinformationen sind bei Google im Internet zu finden unter 'Helmut Fuchs, Geologe'

P.s.: Schweizer lehnen den schnellen Atomausstieg am 27. November 2016 ab!

Die hochgelobte, teure und umweltschädliche Energiewende und Endlagerwende zeigt wieder einmal deutlich das Alleinstellungsmerkmal der 'deutschen Wende'. Wie in meiner Analyse aufgezeigt, ist dieser deutsche Alleingang die Folge einer langjährigen ökosozialistischen Gehirnwäsche der Bevölkerung durch die grüne Bewegung mit einer propagandistischen Desinformationspolitik - und erkaufte mit einer monströsen Subventionspolitik. Kein Wunder, dass die Erklärung des deutschen Ethikrats lautet: „... Die Kommission ist der festen Überzeugung, dass der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie ... nötig ist und es wird empfohlen, um Risiken, die von der Kernkraft in Deutschland ausgehen, in Zukunft auszuschließen es wird behauptet, der „schnellstmögliche Ausstieg aus der Kernenergie sei ethisch gut begründet ...“

Die drei Teile des Gesamtberichtes sind in Folge beim 'Europäischen Institut für Klima und Energie' publiziert.
